

ANDREAS MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz



BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

ob Heizungspläne des Bundesministers Habeck, die LNG-Versorgung der Bundesrepublik, Fusionsforschung oder Balkonkraftwerke. Auch diese Woche könnte man einen Newsletter nur mit diesen Themen füllen. Natürlich haben wir aber auch andere Themen.

Zum einen freue ich mich besonders, dass unser neuer Schüler-Praktikant Jannis Reipert sein dreiwöchiges Praktikum angetreten hat und uns bereits tatkräftig unter die Arme greift. Zum anderen konnte ich die Landjugend letzte Woche dabei begleiten, wie diese anpackte, um im Rahmen der gemeinnützigen 72-Stunden-Aktion wichtige gemeinschaftliche Projekte

umzusetzen.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Andreas Mattfeldt

THEMEN DER WOCHE



Unser Praktikant Jannis Reipert stellt sich vor

Liebe Leserinnen und Leser, mein Name ist Jannis Reipert und ich absolviere zurzeit ein Praktikum im Abgeordnetenbüro von Andreas Mattfeldt. Ich bin 19 Jahre alt und komme aus Verden, wo ich gerade meine Abiturprüfungen am Domgymnasium geschrieben habe.

In meiner Freizeit spiele ich sehr gerne Tischtennis und bin des Weiteren in der Freiwilligen Feuerwehr in Eitze aktiv. Da Politik in meiner Freizeit für mich eine große Rolle spielt und mich die Abläufe im Deutschen Bundestag sehr interessieren, habe ich den Zeitraum nach den Abiturprüfungen genutzt, um hier im Abgeordnetenbüro von Andreas Mattfeldt ein Praktikum zu machen.

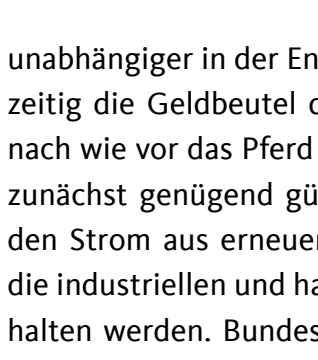
Da meine ersten Tage in einer Sitzungswoche lagen, habe ich direkt spannende Einblicke in die Aufgaben und Tätigkeiten eines Bundestagsabgeordneten bekommen können. Dadurch habe ich die Möglichkeit bekommen, die Abläufe in dem Büro eines Bundestagsabgeordneten kennenzulernen.

Am ersten Tag durfte ich auch direkt in den Haushaltsausschuss, indem eine Befragung des Finanzministers Christian Lindner und des Parlamentarischen Staatssekretärs Michael Kellner stattfand, mitkommen und zuhören.

Die kommenden beiden Wochen werden keine Sitzungswochen sein. Daher bin ich gespannt zu sehen, wie sich die Zeit in einem Abgeordnetenbüro sonst so gestaltet. Die letzte Woche meines Praktikums wird dann wieder eine Sitzungswoche sein.

THEMEN DER WOCHE

Aktuelle Stunde: Heizungspläne der Bundesregierung stoppen – Wärmewende technologieoffen und sozial verträglich neu starten



Auch die Union unterstützt die Pläne, bis 2045 treibhausneutral zu werden. Ein wichtiger Bereich hierfür ist der Wärmesektor, der neben dem Verkehrssektor weiterhin hochgradig von fossilen Brennstoffen dominiert wird. Eine Umstellung der deutschen Heizungsanlagen kann dazu beitragen, unabhängiger in der Energieversorgung zu werden und gleichzeitig die Geldbeutel der Bürger zu schonen.

Hier wird aber nach wie vor das Pferd von hinten aufgezäumt. Wir bräuchten zunächst genügend günstigen, verlässlichen und ausreichenden Strom aus erneuerbaren Energiequellen. Zudem müssen die industriellen und handwerklichen Kapazitäten im Auge behalten werden. Bundesminister Habeck und seine Partei versuchen hier, eine Wende, die lange Zeit benötigen wird, übers Knie zu brechen. Die Leidtragenden sind die Bürger in doppelter Hinsicht: Sie müssen die Heizung unabhängig von Lieferfähigkeit und Kosten bezahlen und zudem noch die mehrere milliardenschwere Förderung über die Steuern tragen.

Das Verfahren kompliziert die Katastrophe. Wie berichtet, hatte das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) im Juli 2022 bereits ein Konzeptpapier mit den Maßnahmen veröffentlicht. Als die Öffentlichkeit im Winter dann von den Plänen erfuhr, ruderte Habeck dann nach ordentlichem Gegenwind zurück und sprach von „geleakten“ Plänen. Seitdem kracht es durchgehend in der Ampel und auch mit den grünen Landesparteien soll es Meinungsverschiedenheiten zu dem Gesetzentwurf geben. Die Abnutzungserscheinung als Regierungspartei sind damit nach nur etwa anderthalb Jahren bereits stark. Dies muss Sorgen für die restlichen zweieinhalb Jahre machen.

Auch wenn nun auch noch der Architekt des Heizungsaustauschprogramms, der ehemalige Staatssekretär Patrick Graichen, aufgrund seiner Verwicklungen in Vorteilsnahmen nun mittlerweile aus dem Staatsdienst ausgeschieden ist, will Habeck an seinen Plänen festhalten. Es bleibt abzuwarten, bis sich dieses Vorhaben entwickelt.

LNG: Bundesminister Habeck verspielt langfristiges Vertrauen

Auch im Bereich LNG knirscht es innerhalb der Regierung – aber auch innerhalb der Grünen. Neben privaten Projekten soll es fünf Bundes-FSRUs zur Abdeckung der deutschen Gasversorgung geben. Zwei liegen am Standort Wilhelmshaven, eines in Stade und eines in Brunsbüttel. Da die Nord-Westgaspipeline durch diese Standorte an der Nordsee ausgereizt werden, soll zusätzlich eines in der Ostsee stationiert werden, um Ostdeutschland sowie die osteuropäischen Länder abzusichern. Als Standort war Lubmin immer wieder genannt worden. Während das private Projekt tatsächlich im Industriefhafen Lubmin realisiert wurde, wurde plötzlich bekannt, dass das Bundes-FSRU nicht vor Lubmin, sondern wenige Kilometer vor der Küste Rügen liegen sollte. Das hätte bedeutet, dass ein riesiges Industriehafen samt entsprechendem Verkehr und Sicherheitszonen in Sichtweite vor der touristisch bedeutsamen Küste Rügen gelegen hätte. Entsprechend gingen die Menschen vor Ort, aber auch die Landespolitik Mecklenburg-Vorpommerns auf die Barrikade.

Wir konnten im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages erreichen, dass das BMWK eine erneute Standortprüfung vornimmt und hatten unter anderem vorgegeben, dass das BMWK einen neuen Standort unter Einbeziehung der lokalen Akteure und Interessen suchen sollte.

In der letzten Zeit hatte sich herauskristallisiert, dass das BMWK den Hafen Mukran auf Rügen als neuen Standort präferieren würde. Ich hatte daraufhin Robert Habeck mehrfach darauf hingewiesen, dass seine Pläne hierzu kaum durchführbar seien, wenn er die Bevölkerung nicht mitnimmt. Zudem gibt es erhebliche planerische Hindernisse für diesen Standort. Stattdessen würde die vorzugsweise Prüfung eines Standortes 18 km vor der Küste – und damit Offshore – die sinnvollere Lösung gewesen. Das FSRU wäre durch die Erdkrümmung kaum sichtbar gewesen, die Lage wäre nahe an der Pipeline gewesen, der reguläre Schiffsbetrieb wäre dort nicht behindert worden und es hätten keine aufwendigen Umbauten am Hafen vorgenommen werden müssen.

Am Montag, dem 08. Mai hatte zum Thema LNG vor Rügen dann eine Öffentliche Anhörung des Petitionsausschusses stattgefunden, bei der der Staatssekretär Wenzel gegenüber den Petenten, uns Abgeordneten und auch der Öffentlichkeit erklärte, die Standortsuche sei noch nicht abgeschlossen. Am Dienstagmorgen wurde dann Mukran als zukünftiger Standort bekanntgegeben.

Entsprechend waren die Reaktionen aller Fraktionen im Petitionsausschuss. Ich hatte die Thematik auch deswegen diese Woche im Haushaltsausschuss aufsetzen lassen. Auch hier wurde klar: Nicht nur die Union sieht die Pläne und das Vorgehen der Regierung äußerst kritisch. Das BMWK hat sein Vertrauen selbst zu der eigenen Grünen-Fraktion mittlerweile verspielt.

„Man stellt keine Liegestühle in Mukran auf.“ Ich glaube, diese Aussage zu den Befürchtungen der Anwohner sagt genug aus.

Graichen und kein Ende?

Die familiären Strukturen im und um das Habeck'sche Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hatte ich zum Anlass genommen, eine Parlamentarische Anfrage zu stellen. In meiner letzten Ausgabe habe ich hierzu berichtet. Von Habeck wollte ich wissen, welche konkreten Dienstposten in seinem Bundesministerium umbesetzt oder neu besetzt worden sind und welche Compliance-Regeln dem Personalauswahlprozess, insbesondere hinsichtlich (angeheiratete) Verwandtschaftsgrade und Parteizugehörigkeit, zugrunde gelegt werden. Leider ist meine ursprüngliche Fragestellung mit der Begründung, sie sei zu detailliert nicht abgelehnt worden. Eine gekürzte Fassung ist aber dann doch noch akzeptiert worden und eine Antwort immerhin fristgerecht eingetroffen.

Seit Amtsantritt von Robert Habeck – also in etwa 17 Monaten – sind über 700 Dienstposten im Bundesministerium umbesetzt oder neu besetzt worden. Diese hohe Zahl hat mich überrascht und spricht nicht unbedingt für eine normale Personalfunktion, sondern für gezielte Umbesetzungen in Schlüsselpositionen, wo das Ministerium nun eine „neue Farbe“ hat. Natürlich seien Verwandtschaftsgrade und Parteizugehörigkeit niemals offenzulegen und daher nicht Gegenstand der Personalentscheidungen. Nun gut, lasse ich dies so im Raum stehen. Da mag jeder seine eigenen Gedanken haben, wenn ein Staatssekretär als Mitglied der Findungskommission für eine zu besetzende Stelle in einer zurechtweisenden Einrichtung einen Trauzug einstellt oder eine Förderung für eine andere Einrichtung billigt, deren Vorsitzende bis kurz zuvor die eigene Schwester gewesen, und noch bis heute dort im Vorstand sitzt.

Doch damit nicht genug. Jetzt kam heraus, dass der Habeck'sche Staatssekretär Udo Philipp, der sich einst als „grüne Heuschrecke“ bezeichnete, die Trennung von Regierungswirtschaft und Privatgewinn nicht sonderlich konsequent handhabt. So hat das Bundeswirtschaftsministerium eine Förderung von rund 36.000 Euro für ein Unternehmen freigegeben, an dem der Staatssekretär nur mit 4% beteiligt ist. Was würden die Grünen um sich prügeln, wenn dies ein Unionsministerium wäre.

Stärkung der Fusionsforschung auf Weltklasseniveau

Wir brauchen jetzt eine breite öffentliche Debatte über die Chancen der Fusionsenergie und eine Positionsbestimmung für eine künftige Nutzung von Fusionstechnologie in Deutschland. In den letzten Monaten und Jahren war die Debatte in Deutschland stets vom Ausschließen bestimmter Energiequellen beherrscht. Wir müssen jetzt aber darüber reden, welche Energiequellen wir in der Zukunft nutzen wollen. Aus unserer Sicht ist die Fusionstechnologie durchgehend positiv zu bewerten. Wir wollen über die langfristigen Anwendungspotenziale und die dafür bereits kurzfristig notwendigen Entscheidungen für die Fusionsforschung sprechen. Die Bundesregierung wird vor diesem Hintergrund aufgefordert, eine Strategie für die Nutzbarmachung von Fusionsenergie in Deutschland auf internationaler wettbewerbsfähiger Niveau zu erarbeiten und in diesem Rahmen ein klares Bekenntnis zur Fusionsenergie abzugeben; einen Vorschlag für eine innovationsfreundliche Regulierung des Einsatzes von Fusionstechnologie zu erarbeiten und den Bau von zwei Fusionsreaktoren mit konkurrierender Technik in Deutschland zu beauftragen.

Ich weiß, dass seit langer Zeit die baldige Nutzung der Fusionsenergie angekündigt wurde und dann doch auf sich warten ließ. Mittlerweile haben wir aber wichtige Kernziele erreicht und es geht nun darum, die Forschung und Entwicklung auf einen voll funktionsfähigen Reaktor zu lenken. Nachdem Deutschland in den letzten Jahren bei den Themen Technologievorsprung und auch Energieversorgung eher in das Hintertreffen geraten ist, wäre dies ein wichtiges Zeichen.

Gesetz zum beschleunigten Ausbau von Balkonkraftwerken (BalkKraftBeschG)

Mit steckerfertigen Photovoltaik-Anlagen (sog. Balkonkraftwerke) können Haushalte – egal ob Mietpartei oder Eigentümer – ihren Strom selbst erzeugen. Dies reduziert die Stromkosten, macht unabhängiger und leistet einen Beitrag zur Klimaschutz. Diese Möglichkeit ist ein kostengünstiger Einstieg in die Nutzung Erneuerbarer Energien, der unkompliziert und leicht realisierbar für alle sein muss. Derzeit besteht kein Anspruch für Mieter und Wohnungseigentümer, steckerfertigen Photovoltaik-Anlagen regelmäßig installiert zu dürfen. Vielmehr ist dies von der Zustimmung des Vermieters bzw. bei Wohnungseigentumsobjekten von der Eigentümergemeinschaft abhängig. Diese Zustimmungsanforderungen stellen große Hindernisse beim beschleunigten Ausbau von Balkonkraftwerken dar. Mit unserem Gesetzentwurf, den wir in dieser Woche in 1. Lesung beraten haben, werden Ansprüche von Mietern und Eigentümern für die Anbringung und Nutzung von Balkonkraftwerken geschaffen.

Verfassung und Patriotismus als verbindendes Band stärken – Tag des Grundgesetzes am 23. Mai als Gedenktag aufwerten

In dieser Woche haben wir unseren Antrag Verfassung und Patriotismus als verbindendes Band stärken – Tag des Grundgesetzes am 23. Mai als Gedenktag aufwerten eingebracht und debattierten ihn im Plenum. Gerade in Zeiten einer zunehmenden

Polarisierung und Fragmentierung unserer Gesellschaft können das Grundgesetz als unsere Verfassung und Patriotismus als verbindendes Band starke Integrations- und Identifikationspotenziale zum Wohle von Staat und Gesellschaft entfalten. Diese Potenziale sollten auf keinen Fall den gesellschaftlichen Rändern überlassen werden. Patriotismus trägt zudem zum Erhalt und zur Stabilisierung unseres Gemeinwesens bei. Unsere zentrale Forderung ist, den „Tag des Grundgesetzes“ – den 23. Mai – als jährlichen nationalen Gedenktag einzuführen.

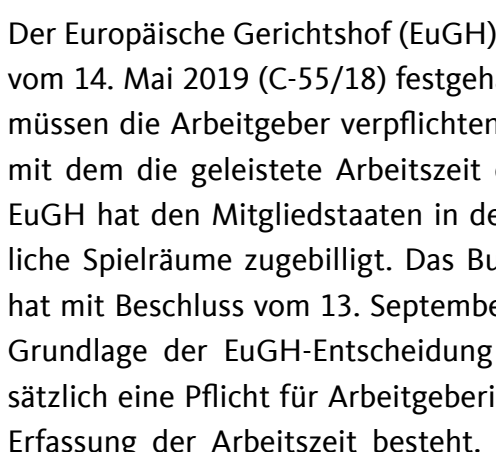
Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren an Brücken auf Bundesfernstraßen

In abschließender zweiter und dritter Lesung haben wir unseren Entwurf für ein Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren an Brücken auf Bundesfernstraßen beraten. Trotz der in den letzten Jahren getroffenen Maßnahmen zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sind wir noch nicht so schnell, wie es nötig wäre. Das liegt insbesondere daran, dass Änderungen an Bundesfernstraßen in der Regel planfeststellungsbedürftig sind und die Bauarbeiten viel Zeit in Anspruch nehmen. Das Verfahren wird zudem durch die (unionsrechtlich) vorgegebene Umweltverträglichkeitsprüfung verlängert. Der gesetzgeberische Handlungsbedarf für eine Beschleunigung der Sanierung von modernisierungsbedürftigen Bundesfernstraßen ist deshalb nach wie vor groß. Aufgrund vieler sanierungsbedürftigen Autobahnbrücken ist ein Anstieg von Streckenpernungen zu erwarten. Ziel des Gesetzes ist, das Genehmigungsverfahren erheblich schneller zu durchlaufen, als dies nach aktueller Rechtslage möglich ist, und so zu einer zügigen Sanierung und Instandhaltung der Bundesfernstraßen zu gelangen

Versorgung von Patientinnen und Patienten mit Long- und Post-COVID sowie Post-Vaccin-Syndrom jetzt verbessern – Gesundheitliche Pandemiefolgen ernst nehmen.

Über drei Jahre nach Beginn der Corona-Pandemie und dem mittlerweile erfolgten Übergang in die endemische Phase leiden immer noch zahlreiche Menschen in unserem Land an den direkten und indirekten Folgen. Vor diesem Hintergrund fordern wir mit unserem Antrag, den wir in dieser Woche erstmalig beraten haben, Maßnahmen für eine bessere Behandlung, Versorgung sowie Forschung und Aufklärung.

Russische Wagner-Gruppe jetzt auf die Terrorliste



Die russische Söldnertruppe „Wagner“ verbreitet von Zentralafrika bis Bachmut Terror und Schrecken. Zentrale Figur ist der russische Oligarch Jewgeni Prigozschin. Angefangen als

eine Geheimmiliz des Verteidigungsministeriums, steht Wagner längst wie kein zweiter Name für das Regime des Despoten Putin. Mit unserem Antrag fordern wir Maßnahmen, um den Einsatz von Wagner – in der Ukraine und insbesondere auch in Afrika und im Nahen Osten – soweit wie möglich zu erschweren. Dazu gehört eine konsequente Sanktionierung sowie die Aufnahme auf die Terrorliste der EU.

Arbeitszeiterfassung bürokratiarm ausgestalten – Mehr flexibles Arbeiten ermöglichen

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in einer Entscheidung vom 14. Mai 2019 (C-55/18) festgehalten: Die Mitgliedstaaten müssen die Arbeitgeber verpflichten, ein System einzuführen, mit dem die geleistete Arbeitszeit erfasst werden kann. Der EuGH hat den Mitgliedstaaten in der Umsetzung aber erhebliche Spielräume zugelassen. Das Bundesarbeitsgericht (BaG) hat mit Beschluss vom 13. September 2022 (1 ABR 22/21) auf Grundlage der EuGH-Entscheidung festgelegt, dass grundsätzlich eine Pflicht für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur Erfassung der Arbeitszeit besteht. Der Beschluss gibt keine Vorgaben darüber, auf welche Art und Weise eine Arbeitszeiterfassung erfolgen muss. Im April 2023 wurde ein Entwurf des Bundesarbeitsministeriums zur Arbeitszeiterfassung bekannt. Dieser Entwurf würde sowohl die Beschäftigten als auch die Arbeitgeber mit überflüssiger Bürokratie gängeln und kleine und mittlere Unternehmen in besonderem Maße belasten. Mit unserem Antrag, den wir in dieser Woche erstmalig beraten, machen wir Vorschläge für eine unbürokratische Form der Arbeitszeiterfassung. Die Spielräume der EuGH-Entscheidung sollen genutzt werden. Außerdem sollen freiwillige Vertrauensarbeitszeiten weiterhin uneingeschränkt möglich sein. Darüber hinaus wollen wir das Arbeitszeitrecht zu reformieren und mehr Flexibilität bei den Arbeitszeiten vorsehen – auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Deshalb fordern wir die Einführung flexibler wöchentlicher statt täglicher Arbeitszeiten. Die Schutzvorschriften für Arbeitnehmer sollen dabei beibehalten werden.

Letztmaligen Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA)

In dieser Woche stimmen wir zudem über den Antrag der Bundesregierung für ein Mandat zur Letztmaligen Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) ab. Dem Mandat können wir – nach derzeitigem Stand – nicht zustimmen. Der Auftrag der Bundesregierung, etwa durch die regelmäßige Behinderung und verfügbare Luftunterstützung als Rückversicherung des deutschen Kontingents, sind inakzeptable Rahmenbedingungen. Das nun vorliegende Auslaufmandat bis zum Mai 2024 stellt eine unnötige Verlängerung des Einsatzes der Soldatinnen und Soldaten dar und vergrößert ihre Gefährdungslage unnötig. Wir legen unsere Position deshalb in unserem Antrag Den MINUSMA-Einsatz der Bundeswehr rasch aber geordnet in diesem Jahr beenden – Unser zukünftiges Engagement im Sahel mit einer Gesamtstrategie auf eine solide und tragfähige Grundlage stellen dar.

Gesetzes zur Verlängerung des Ausreisegesetzes – wassers und Änderung des Aufenthaltsgesetzes

In erster Lesung beraten wir unseren Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung des Ausreisegesetzes und Änderung des Aufenthaltsgesetzes. Damit werden eine gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten der Länder und dem Bundeskanzler am 10. Mai getroffene Vereinbarung auf. Im Rahmen eines Maßnahmenpakets zur Steuerung und Begrenzung der irregulären Migration nach Deutschland wurde bei der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) vereinbart, die Höchstdauer des Ausreisegesetzes von zehn auf 28 Tage zu verlängern. Der Ausreisegesetzes ist ein Unterfall der Abschiebungshaft. So kann der Vollzug der Rückführung einer ausreisepflichtigen Person sichergestellt werden. Mit unserem Gesetzentwurf halten wir nach, ob die Ampelkoalition bereit ist, den Ankündigungen des Bundeskanzlers auch Taten folgen zu lassen.

Gesetz zur Unterstützung und Entlastung in der Pflege (Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz)

In erster Lesung befassen wir uns mit dem Entwurf der Bundesregierung für Gesetz zur Unterstützung und Entlastung in der Pflege (Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz). Gegenstand des Entwurfs ist die Anhebung des Beitragsatzes zur sozialen Pflegeversicherung von 0,35 Prozentpunkte zum 1. Juli 2023. Hinzu kommt eine Erhöhung des Kinderlosenzuschlags um 0,25 Prozentpunkte auf 0,6 Prozentpunkte, sowie eine Entlastung ab dem zweiten bis zum fünften Kind um je 0,25 Beitragsatzpunkte, entsprechend des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts von 2022. Zudem soll eine automatische, regelhafte Anpassung der Geld- und Sachleistungsbeträge für 2025 und 2028 erfolgen. Aus unserer Sicht kommt der Gesetzentwurf zu spät und greift zu kurz. Er dient primär dazu, mit Beitragssteigerungen das umfangreiche Defizit in der Pflegeversicherung langfristig zu beseitigen. Nachhaltige Lösungen bieten er nicht. Die Leistungsausweitungen für Pflegebedürftige bleiben hingegen hinter der Inflationsrate und den Versprechungen des Koalitionsvertrages zurück, für die pflegenden Angehörigen wird es keinerlei Verbesserungen geben.

Gesetz zur Bekämpfung von Lieferengpässen bei patent-freien Arzneimitteln und zur Verbesserung der Versorgung mit Kinderarzneimitteln

Darüber hinaus beraten wir den Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Bekämpfung von Lieferengpässen bei patent-freien Arzneimitteln und zur Verbesserung der Versorgung mit Kinderarzneimitteln und zur Verbesserung der Versorgung mit Kinderarzneimitteln. Gegenstand des Entwurfs sind Maßnahmen, um die in den vergangenen Monaten verstärkt auftretenden Engpässe bei bestimmten Arzneimitteln, insbesondere für Kinder, zukünftig zu vermeiden. Dazu gehören insbesondere zum Ausbau eines Frühwarnsystems, Beratungsregelungen sowie finanzielle Anreize. Der Gesetzentwurf ist allerdings und zwar hinsichtlich der aktuellen Probleme jetzt und in Zukunft nicht umfassend lösung. Die Union hat daher bereits im Januar 2023 einen eigenen Antrag in das parlamentarische Verfahren eingebracht (Beschaffungsgipfel jetzt einberufen – Versorgungssicherheit für Patientinnen und Patienten mit Arzneimitteln gewährleisten, Drs. 20/5216).

WAHLKREIS AKTUELL

Landjugenden ackern für die Allgemeinheit

Getreu dem Motto „Nicht jammern, anpacken“ hat wieder zahlreiche Landjugenden aus unserer Region an der sogenannten 72-Stunden-Aktion teilgenommen. Ziel dieser Aktion ist es, innerhalb der vorgegebenen Zeit von 72 Stunden ein unbekanntes Projekt von der Pike auf zu planen und umzusetzen. Die vielen jungen Mitglieder aus unseren Landjugenden unterstützen sich hier jedes Jahr selbst. Ich begleite die Aktion, deren Projekte übrigens immer einem gemeinnützigen Zweck dienen, seit vielen Jahren und bin immer wieder begeistert, wie gut organisiert die Gruppen sind. In diesem Jahr habe ich mir im Rahmen meiner Spassvisite die Projekte in Hülsen, Daverden, Posthausen und Grasberg raus-

gepickt. Hier wurden an den drei Tagen unter anderem ein Unterstand samt Fundament in Hülsen gebaut, der Spielhof der Daverdener Kindertagesstätte erneuert und mit neuen selbstgebastelten Kinderspielerstellern, die Fassade und die Zaunanlage des Heimathauses in Posthausen ausgebaut (hier wurde zudem ein weiterer Rettungsweg angelegt) und die Außenanlage der Rautendorfer Dorfscheune völlig neu gestaltet. Gerne wäre ich noch bei weiteren Projekten vorbeigefahren, aber mehr war leider aufgrund des Zeitplans nicht möglich. Wahnsinn, was unsere Landjugenden im Rahmen der 72 Stunden Aktion auch in diesem Jahr wieder auf die Beine gestellt haben. Hut ab und Danke für eure tolle Arbeit! Ihr macht die Region jedes Mal ein Stück weit besser!



TERMINE UND AUSBLICK IM BUND

- 22. Mai: BK Scholz empfängt den luxemburgischen Premierminister Xavier Bettel
- 22./23. Mai: Außen-/Verteidigungsministerrat (Ukraine, Horn von Afrika, Westbalkan)
- 22./23. Mai: Wettbewerbsfähigkeitsrat (Okodesign-Verordnung, langfristige Wettbewerbsfähigkeit, 30 Jahre Binnenmarkt, kritische Kohleförderung, Netto-Null-Industrie)
- 23. Mai: Faktakt zum Tag des Grundgesetzes mit BPräs Steinmeier und BM Faeser
- 23. Mai: BK Scholz spricht auf dem Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes
- 24. Mai: BK Scholz spricht auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags (23.-25. Mai).
- 24.-26. Mai: Weltgipfel der Verkehrsminister
- 25. Mai: Handelsministerrat (Handelsbeziehungen USA, China, Vorbereitungen WTO-Ministerkonferenz, wissenschaftliche Veröffentlichungen, EU-Weltraumpolitik)
- 25. Mai: BK Scholz empfängt den Staatspräsidenten von Zypern Nikos Christodoulidis,
- 28. Mai: Stichwahl um das Präsidentenamt in der Türkei